

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales
und Digitales
Vizebürgermeisterin
Barbara Novak, MA

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) und Maximilian Krauss, MA (FPÖ) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales Vizebürgermeisterin Barbara Novak, MA zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales (GFW)) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Gemeindefinanzen vor Bundeshaftungen schützen

Die EU finalisierte im April 2026 eine gemeinsame EU-Schuldenaufnahme in Höhe von rund 90 Milliarden Euro zur Finanzierung weiterer Kredite an die Ukraine und hat damit eine hochriskante Schuldenunion mit massiven Haftungsfolgen für Österreich geschaffen – ohne jede Einbindung des Parlaments oder der Bevölkerung. Für Österreich bedeutet das eine staatliche Haftung für Ukraine – Kredite in Höhe von EUR 5,5 Mrd. Die dadurch etablierte reale Gefahr einer automatischen Haftung im Falle eines Zahlungsausfalls der Ukraine oder ausbleibender Reparationszahlungen Russlands führt dazu, dass Österreich im Ernstfall zahlen muss. Das ist nicht nur fiskalisch, sondern auch demokratiepolitisch höchst bedenklich und verantwortungslos, weil vollständige Transparenz über Rechtsgrundlagen, Risikoverteilung und Auslösemechanismen fehlen.

Besonders brisant ist, dass Berichten zufolge mehrere EU-Mitgliedstaaten HaftungsAusnahmen oder Sonderregelungen für sich verhandelt hätten. Während andere Länder ihre Steuerzahler schützen, hat Österreich einmal mehr als Musterschüler brav zugestimmt – anscheinend ohne jeden Vorbehalt.

Es muss nun umgehend geklärt werden, wie hoch die konkrete Haftungssumme und der prozentuelle Anteil Österreichs ist, ob es Haftungs-Obergrenzen gibt, ob bereits Rückstellungen im Bundesbudget dafür gebildet wurden oder welche finanziellen Langzeitwirkungen für die öffentliche Hand zu gewärtigen sind. Gemeinden benötigen finanzielle Spielräume für Infrastruktur, Daseinsvorsorge, soziale Leistungen und Zukunftsinvestitionen. Zusätzliche Haftungsrisiken auf Bundesebene können mittelbar auch Gemeinden betreffen. Weiters ist sicherzustellen, dass Entscheidungen mit derartigen Haftungsfolgen mit dem Grundsatz der immerwährenden Neutralität vereinbar bleiben.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für Finanzen auf,

1. von der staatlichen Haftung Österreichs für Ukraine-Kredite in einer Höhe von bis zu 5,5 Milliarden Euro Abstand zu nehmen, da eine Haftung in dieser Größenordnung nicht im Sinne der Bevölkerung ist und Gemeinden, insbesondere Wien, finanzielle Spielräume für Infrastruktur, Daseinsvorsorge, soziale Leistungen und Zukunftsinvestitionen benötigen – nicht zusätzliche finanzielle Risiken auf Bundesebene, die mittelbar auf Kosten der Gemeinden und der Bevölkerung gehen könnten;
2. vor jeder weiteren verbindlichen Entscheidung die konkreten Rechtsgrundlagen, die Risikoverteilung sowie die Auslöse- und Haftungsmechanismen (wann und wodurch eine Haftung schlagend werden kann) vollständig offenzulegen und eine transparente parlamentarische Behandlung sicherzustellen;
3. bei allen diesbezüglichen Entscheidungen die immerwährende Neutralität Österreichs uneingeschränkt zu wahren und sicherzustellen, dass Österreich nicht in eine Form der Kriegsfinanzierung oder eine faktische Parteinahme

hineingezogen wird; Maßnahmen der Unterstützung sollen sich – soweit Unterstützung politisch beschlossen wird – auf zivile und humanitäre Hilfe konzentrieren und

4. öffentliche Mittel und finanzielle Spielräume prioritär für Investitionen in die Gemeinden, insbesondere Wien, zu verwenden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

